

Oekonomie belebt Drogen-Diskussion

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.09.2022**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-799725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Oekonomie belebt

Drogen-Diskussion

Ökonomische Überlegungen, die für eine Belebung der festgefahrenen Diskussion in der Drogenpolitik sorgen können, werden zu wenig zur Kenntnis genommen

Das totale Verbot habe, wie sich jeder selbst überzeugen könne, weder die Entstehung und Ausbreitung des Drogenproblems verhindern, noch das bestehende Problem zum Verschwinden bringen können. Aus ökonomischen Gründen zwingt diese Einsicht (angesichts hoher gesellschaftlicher Kosten) dazu, die Drogenproblematik neu zu überdenken.

Ein mögliches Szenario sieht Kleinewefers in einem freien, vom Staat in keiner Weise behinderten Drogenmarkt, der sich in nichts von einem anderen Markt unterscheiden würde:

Billige und reichlich vorhandene (Klein-) Händler würden für niedrige Preise und Gewinnspannen garantieren. Dadurch würde ein so strukturierter Drogenmarkt für Anbieter massiv an Attraktivität verlieren, während sich sonst - weder für Anbieter, noch für Konsumenten - der freie Markt in nichts vom Whisky-Markt unterscheiden würde.

Für die Gesellschaft selbst würden bei diesem Modell lediglich

- Krankheitskosten entstehen, die vom Abhängigen selbst getragen würden
- die Beiträge von Drogenkranken an das Sozialprodukt ausfallen

- Folgekosten anfallen, die im Zusammenhang mit Unfällen im Drogenrausch stehen
- Unterstützungskosten erwachsen, falls der Drogenkranke in Armut verfällt

Alle diese materiellen Kosten und das immaterielle Leid der Drogenabhängigkeit unterscheiden sich jedoch grundsätzlich nicht von den Kosten anderer Krankheiten, Süchte und unvernünftiger Lebens- und Verhaltensweisen (Tabak-, Alkohol-, Zuckerkonsum, Verhalten im Strassenverkehr). Für die Marginalisierung von Drogenabhängigen bestehen deshalb keine Gründe. Die bedeutend grössere Angst unserer Gesellschaft vor diesen Rauschgiften, als vor anderen Arten, die zu selbst- und gesellschaftsschädigendem Verhalten führen können, sind für den Ökonomen nicht einsehbar.

Kleinewefers betont, dass ein grundsätzlich freier Drogenmarkt mit Werbeverbot belegt und die Aufklärungsbestrebungen verstärkt werden müssten.

Kleinewefers geht sodann der Frage nach, wie sich Angebot und Nachfrage bei aufrechterhaltenem Verbot des Verkaufs von Drogen, bei gleichzeitiger Entkriminalisierung des Kaufs, des Besitzes und des Konsums von Drogen entwickeln würde - unter der Voraussetzung der *Gratisabgabe von Drogen an Abhängige!*

Die Voraussetzungen für bereits *Süchtige* würden sich unter diesem Gesichtspunkt verbessern und kämen einer Legalisierung des Marktes nahe: Durch den regelmässigen Kontakt zu einem Arzt oder Ambulatorium, wo die Abgabe zu erfolgen hätte, kann die gesundheitliche Kontrolle und Vorsorge besser an die Bedürfnisse der Abhängigen angepasst werden. Als Kunden würden die Konsumenten für die Dealer uninteressant.

Neueinsteiger würden auf ähnliche hohe Hindernisse stossen, wie bei der totalen

Verbotslösung: Weil niemand mehr ein Interesse daran hätte, Neueinsteiger anzufixen, würde die Hürde in Wirklichkeit noch höher.

Süchtige *Kleinhändler* könnten ihr Gewerbe aufgeben, da sie ihre eigene Sucht nicht mehr mit dem nach wie vor illegalen Handel, respektive Verkauf, verdienen müssten.

Den *Grosshändlern* würde durch den gleichzeitigen Verlust der Nachfrage und der Verkaufsorganisation der wirtschaftliche Boden unter den Füßen weggezogen.

Fazit

Die Zahl der Neueinsteiger könnte bei diesem Modell gegenüber dem Modell des freien Drogenmarktes, wie auch gegenüber der totalen Verbotslösung mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit gesenkt werden. Die gesellschaftlichen Kosten der Drogenkrankheit würden im Vergleich zur Marktlösung geringfügig, gegenüber der totalen Verbotslösung jedoch erheblich sinken. Sekundäre Folgekosten durch Beschaffungskriminalität würden bei diesem und dem Modell der freien Marktlösung kaum anfallen - ganz im Gegensatz zur totalen Verbotslösung.

Im Unterschied zu den harten Drogen, wo Kleinewefers von erheblichen, gesundheitlichen Schäden durch den Konsum ausgeht, gibt es für die Aufrechterhaltung des totalen Verbots bei weichen Drogen gar keine Argumente. Die beste Lösung wäre schlicht die Legalisierung des Marktes, die de facto bereits vollzogen, de jure unbedingt nachvollzogen werden müsste: Weil es von Übel sei, wenn Recht und Wirklichkeit allzu sehr auseinanderklaffen. ■

Zusammenfassung eines Weltwoche-Artikels (Nr. 14/ 6. April 1989).